

„Wir haben unsere Tränen satt“

Hunderttausende Libanesen verlangen den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen. Irmgard Wurdack sprach in Beirut mit Aktivisten der Oppositionsbewegung



„Wir haben die Lügen satt, wir haben unsere Tränen satt, wir wollen eine Regierung, die den Hunger lindert“, rufen die Protestierenden in Beirut. Redner drängen Ministerpräsident Siniora, er solle bedenken, dass die USA und Israel ihn beiseite werfen werden, sobald er ihnen nicht mehr nutzt (Foto: Dina Debbas/IRIN)

Über eine Million Frauen, Männer und Kinder – Schiiten, Christen, Drusen und Sunniten – aus dem ganzen Land kamen am 1. Dezember in die Hauptstadt Beirut, um für den Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Siniora zu demonstrieren. Nachbarschaftskomitees, Parteien und Nichtregierungsorganisationen stellten Zelte auf, organisierten öffentliche Diskussionen und Kundgebungen. Inzwischen stehen mehr als 1000 Zelte auf dem Platz vor dem Regierungsgebäude, in dem sich die Regierung hinter Stacheldraht und Reihen von Panzern vor den Menschen verschanzt. Zu den Protesten aufgerufen hatte ein breites Bündnis aus Hisbollah, der Kommunistischen Partei Libanon (KPL) und der mehrheitlich christlichen Freien Patriotischen Bewegung (FPM). Später haben sich auch sunnitische Parteien und Universitäten angeschlossen. Dozenten und Studierende veranstalten öffentliche Vorlesungen und Seminare für die Protestierenden. Jeden Abend kommen zehntausende Beiruter zu den Kundgebungen und Diskussionen auf dem besetzten Platz. Während sie sich über die Politik von Opposition und Regierung austauschen, behauptete der deutsche Außenminister Steinmeier nach einem Treffen mit Siniora: „Wer die Demokratie erhalten will, darf nicht zulassen, dass diese Regierung von der Straße in Frage gestellt wird.“ Die Straßen von Beirut, Steinmeier scheint sie nur durch die verdunkelten Scheiben von Luxuslimousinen gesehen zu haben. Als ich Ibrahim Mousawi, den Chefredakteur der Wochenzeitung al-Intiqad und Mitglied der Hisbollah, im November bei der Internationalen Antikriegskonferenz in Beirut getroffen habe, erzählte er etwas anderes von den Straßen von Beirut. Er ist dort jeden Tag unterwegs und kennt die soziale Spaltung der Stadt und des ganzen Landes: „Wenn Sie hier durch die Straßen gehen“, schildert mir Ibrahim seine Heimatstadt, „sehen Sie überwältigenden Reichtum und nur eine Straße weiter so unvorstellbare Armut, dass Sie glauben, in den Elendsvierteln von Kalkutta zu sein. Die Regierung investiert nur in den reichen Vierteln und überlässt die Armen ihrem Elend. Schon in der Kolonialzeit wurden die Siedlungsgebiete der schiitischen Bevölkerung besonders arm gehalten. Auch die Regierung heute weigert sich, den Süden und die Elendsviertel in Südbeirut zu

entwickeln, weil dort vor allem Schiiten und Flüchtlinge aus Palästina leben. Und wenn die Regierungen Kürzungen durchsetzt, die auch die armen Christen, Drusen und Sunniten treffen, behauptet sie, dass wir Schiiten oder die Palästinenser daran schuld wären.

Während des Krieges hat die Regierung sich nicht einmal darum gekümmert, dass die Flüchtlinge aus den Dörfern im Süden ein Dach über dem Kopf bekamen. Wofür ist eine Regierung gut, wenn sie die Bevölkerung sogar bei einem militärischen Angriff im Stich lässt?

Die Menschen hatten nur eine Wahl: Sich töten zu lassen oder sich dem Widerstand gegen die israelische Armee anzuschließen und ihre Familien, Häuser, ihr wenig Hab und Gut selbst zu verteidigen.“

Ibrahim ist wütend auf die Regierung und das ganze politische System Libanons, weil es „der Regierung ermöglicht, die Arbeiter und Armen zu unterdrücken, indem es künstliche Spaltungen entlang religiöser und ethnischer Grenzen immer wieder reproduziert.“ Ich erzähle ihm, dass auch die deutsche Regierung immer wieder Sündenböcke sucht, um von ihrer Verantwortung für Armut und Arbeitslosigkeit abzulenken: Hartz-IV-Empfänger oder Flüchtlinge, die angeblich im Luxus leben und sich Geld vom Staat erschleichen.

Doch die Geschichte des „Teile und Herrsche“ in Libanon übersteigt vieles, was wir aus Deutschland kennen. Am Abend erklären mir Aktivisten der Hilfsorganisation Samidoun (siehe Seite 17) in einer linken Szenekneipe im einzigen gemischten Stadtteil Hamra geduldig, wie die Zerrissenheit der Libanesen entstanden ist.

Nach der Unabhängigkeit 1943 handelten die bisherigen französischen Kolonialherren die Verteilung der Macht mit den reichen libanesischen Familien aus. Seitdem wird festgelegt, wie viele Abgeordnete und Minister jeweils einer bestimmten Religionsgemeinschaft angehören müssen, egal wie viel Stimmen die Parteien bekommen. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.

Zudem entspricht die Zuteilung der Abgeordneten nicht der Größe der Religionsgemeinschaften. So sind 40 Prozent der Libanesen Schiiten. Trotzdem dürfen nur 21 Prozent der Abgeordneten Schiiten sein.

Hingegen sind 50 Prozent der Abgeordneten Christen und 21 Prozent Sunniten. Fast alle reichen Libanesen sind Christen oder sunnitische Muslime.



„Armut hat keine Religion. Die Reichen aller Religionen beuten auch im Libanon die Armen aller Religionen aus. Die neoliberale Kürzungspolitik der Regierung trifft alle Armen, egal an wen sie glauben“, meint der Palästinenser Rabih Salah.

Er ist Sunnit und will am nächsten Tag nach Südlibanon fahren. Im hauptsächlich von Schiiten bewohnten Grenzdorf Ait el-Shaab, das die israelische Armee

im Sommer zerbombt hat, ist eines der Wiederaufbauprojekte von Samidoun.

„Wegen dieses Systems definiert sich im Libanon alles über die Religion, politische Parteien ebenso wie Stadtteile, Dörfer und ihre Bewohner. Es öffnet einer rassistischen Teile-und-Herrsche-Politik Tür und Tor“, sagt Rabih weiter.

„Viele erkennen dadurch nicht, dass die wirkliche Spaltung nicht zwischen den Religionen, sondern zwischen den Reichen und Armen verläuft. Sonst wäre das System vielleicht schon längst gekippt worden. Aber der gemeinsame Widerstand gegen Israels Krieg hat vielen hier neue Hoffnung gegeben und die Augen dafür geöffnet, dass wir mehr gemeinsam haben als uns trennt.“

Am nächsten Tag bei der Konferenz spricht mich der Journalist Wissam Matta an und stellt sich als Redakteur der linken Zeitung as-Safir und Mitglied der Kommunistischen Partei Libanon (KPL) vor. Er fragt mich, was ich von Kanzlerin Merkel halte, die Kriegsschiffe vor die libanesischen Küste geschickt hat, um Israel zu schützen, obwohl israelische Kriegsflugzeuge fast täglich das Waffenstillstandsabkommen brechen. Wir sind schnell einer Meinung.

Ich berichte ihm von meinen Gesprächen vom Vorabend. Auch Wissam kann davon viel erzählen: *„Besonders die libanesischen Schiiten und die palästinensischen Flüchtlinge werden immer wieder zu Sündenböcken für unpopuläre Maßnahmen gemacht.*

Spätestens seit der Ermordung des früheren Ministerpräsidenten al-Hariri sind auch die syrische Arbeitsmigranten betroffen. Zwischen 15 und 20 sind ermordet worden. Die Täter wurden angestachelt von der rassistischen Hetze der ‚anti-syrischen‘ Regierungsparteien. Dass ausgerechnet sie die Entwaffnung der Hisbollah fordern und behaupten, die Opposition rüste zu einem neuen Bürgerkrieg, ist der Gipfel der Heuchelei.“

Nach dem Bürgerkrieg von 1976 bis 90 behielten alle Kriegsparteien ihre Waffen. Doch die Parteien der Opposition – Hisbollah, KPL und kleinere sunnitische Parteien – haben ihre Waffen bis heute nur zur Verteidigung gegen die israelische Armee benutzt.

Die neoliberale sunnitische „Zukunftsbewegung“ der Milliardärsfamilie al-Hariri, die faschistischen, mehrheitlich christlichen „Falangisten“ des Gemayel-Clans und die christlichen „Lebanese Forces“ (LF) von Samir Geagea stellen zusammen zwei Drittel des Parlaments und 16 von 24 Minister. Auch sie sind bewaffnet und rüsten auf, wie Wissam erklärt: *„Sie haben neue, moderne Waffen importiert. Wir merken das bei den Zusammenstößen auf der Straße. Vor kurzem hat die libanesischen Armee Milizionäre der LF dabei erwischt, wie sie einen Mordanschlag auf den FPM-Anführer Michel Aoun trainiert haben.“*

Viele Libanesen haben Angst vor der LF. Sie wurden im Bürgerkrieg mit Israels Unterstützung als rechtextreme Christenmiliz gegründet und verübten unter anderem 1982 die Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila.

Seit der „Zedernrevolution“ 2005, die den Abzug der syrischen Soldaten aus Libanon erzwang und die Opposition in die Defensive brachte, genießen sie relative Bewegungsfreiheit. Die LF, aber auch Hariris „Zukunftsbewegung“, schicken Mitglieder zu militärischen Manövern nach Jordanien, eine mit den USA und Israel verbündete Monarchie.

Die Siniora-Regierung beschuldigt die Oppositionsbewegung, sie wolle eine Untersuchung des Mordes an al-Hariri verhindern. Die Drahtzieher des Attentats sollen aus Syrien kommen. Angeblich sei die Oppositionsbewegung „pro-syrisch“.

Ich frage Wissam, was er von diesem Vorwurf hält. *„Siniora lügt“,* meint er: *„Jedes Mal, wenn er sich mit dem US-Botschafter trifft, vergisst Siniora alle Absprachen mit der Opposition.*

Die USA versuchen seit Jahren, Libanon unter ihre Kontrolle zu bringen. Mit der so genannten ‚Zedernrevolution‘ hatten sie gehofft, Syrien auszuschalten, sowie die Hisbollah als Befreiungsbewegung und Hindernis für die Umsetzung ihrer Pläne im Nahen Osten zu begraben. Tatsächlich ist weder die KPL noch die Hisbollah gegen eine Aufklärung der politischen Morde an al-Hariri und an den 15 Politikern und Journalisten, die nach ihm ermordet wurden. Wir sind gegen ein Tribunal in den Händen der Vereinten Nationen und der USA, weil es nicht neutral sein kann. Schon jetzt benutzen sie es als Druckmittel gegen die syrische Regierung, damit diese ihre Unterstützung für den Widerstand in Irak und Palästina beendet.

Wir wissen nicht, wer all die Morde begangen hat. Dass alle Syrien in Auftrag gegeben haben sollte, um seine Beteiligung am ersten zu vertuschen, ist unlogisch.

Überhaupt lenkt die ganze Diskussion ab von dem, worunter die Menschen wirklich leiden: die soziale Unsicherheit, die Not der Familien, die im Krieg alles verloren haben und auf Hilfe und Entschädigungen angewiesen sind. Die Anti-Syrien-Hysterie nutzt einzig der Siniora-Regierung, sowie den US- und israelischen Interessen in der Region.“

Tatsächlich würde eine Verurteilung Syriens als „Schurkenstaat“ US-Präsident Bush helfen, seine Kritiker zu beruhigen und die US-Amerikaner wieder auf Kriegskurs zu bringen. Denn diese fordern statt weiterer Kriege einen Rückzug aus Irak und Verhandlungen mit Syrien und Iran. Ähnliches gilt für die israelische Regierung, die nach dem verlorenen Krieg gegen die Libanesen unter zunehmendem Druck steht, die Armee von den besetzten libanesischen Sheeba-Farmen und den syrischen Golan-Höhen abzuziehen.

Die so genannte „Zedernrevolution“ und der Abzug der syrischen Truppen aus Libanon haben – gewollt oder ungewollt – die israelische Regierung ermutigt, Libanon anzugreifen. Bush und der israelische Ministerpräsident Olmert mögen zwar damit gerechnet haben, dass die Regierung Siniora das Land nicht verteidigen würde. Sie haben jedoch nicht mit der breiten Unterstützung der Libanesen für den Widerstand der Hisbollah gerechnet.

Bevor wir uns voneinander verabschieden, tausche ich mit Ibrahim, Wissam und den anderen E-Mail-Adressen und Telefonnummern. Zurück in Deutschland schreibt mir Wissam: *„Erinnerst du dich, worüber wir gesprochen haben? Gestern wurde auf unsere friedliche Demonstration geschossen, die Miliz von Hariri hat einen jungen Metallarbeiter ermordet.“*

Siniora, Bush und Steinmeier verbreiten weiter, die Opposition, allen voran Hisbollah, würde von der syrischen Regierung ferngesteuert, „Gräben aufreißen“ und einen „Putsch“ planen. Ich hoffe, dass Wissam, Ibrahim, Rabih und die anderen weiter zusammenhalten, die Bewegung weiter aufbauen und gewinnen.

Ich denke manchmal an das, was Ibrahim am Schluss unseres Gesprächs in Beirut zu mir sagte: *„Wir dürfen nicht zulassen, dass korrupte Politiker und Diplomaten uns für ihre Ziele spalten.“*

Wir würden alle verlieren. Die Libanesen haben im gemeinsamen Widerstand gegen Israels Krieg die künstlichen religiösen und ethnischen Spaltungen überwunden.

Jetzt müssen wir verhindern, dass die Regierung das Rad wieder zurückdreht. Wir wollen eine Regierung, die sich für die Armen und nicht für die Profite einer winzigen Elite einsetzt.

Sie behaupten, sie würden Frieden und Demokratie verbreiten. Sie lügen!

Schau Sie sich an, was sie tatsächlich erreicht haben: Mehr Kriege, mehr Tote, mehr Unterdrückung und Angst überall auf der Welt.

Wir müssen die künstlichen Gräben zwischen uns überwinden, miteinander sprechen und gemeinsam aktiv werden für eine bessere Welt. Für eine Diplomatie von unten, ein Parlament von unten und eine Regierung von unten, die das Volk vertreten, und sich nicht nur einmal alle paar Jahre wählen lassen und danach machen, was sie wollen.“

Dieser Artikel erschien am 13. Dezember 2006 in der Zeitung Linksruck (www.linksruck.de)